

#GIDSresearch 3 / 2022

Cornelia Schenke

Von gestern

Putins geschichtsideologische Rechtfertigung des
Angriffskriegs gegen die Ukraine

#GIDSresearch | Nr. 3 / 2022 | Juni 2022 | ISSN 2699-4380

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISSN 2699-4380

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSresearch wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSresearch gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Cornelia Schenke, Von gestern. Putins geschichtsideologische Rechtfertigung des Angriffskriegs gegen die Ukraine, #GIDSresearch 3/2022, Hamburg.

GIDS
German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buro@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Inhalt

1	Der Gebrauch der Geschichte im System Putin.....	1
2	Nationalismus und Geschichtsideologie.....	4
3	Putins Ukraine-Narrativ und seine Radikalisierung.....	7
3.1	Geschichtsrevisionistische Drohgebärden – Putins Aufsatz vom Sommer 2021.....	8
3.2	Vom Einheitsnarrativ zur Angriffslegitimation – Putins Kriegsansprachen vom Februar 2022.....	11
4.	Fazit: Der Krieg und die Zukunft der russischen Vergangenheit.....	13
	Literaturverzeichnis.....	14

WissOR'in Dr. Cornelia Schenke | Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Von gestern

Putins geschichtsideologische Rechtfertigung des Angriffskriegs gegen die Ukraine Vernetzte

„Es ist notwendig, wenigstens einige Worte über die Geschichte der Frage zu sagen“

Vladimir V. Putin

(Rede an die Bürger Russlands, 21.02.2022)

Historische Argumentationen spielen in Putins Rechtfertigung des russischen Überfalls auf die Ukraine eine entscheidende Rolle. Bei einer Analyse dieser Narrative kann es nicht darum gehen, zu erwägen, wie tragfähig die erhobenen historischen Ansprüche sind. Denn das würde bedeuten, Putin in seiner Argumentation zu folgen, wonach Völkerrecht und Menschenrechte durch historische Rechte ersetzt werden können, wenn man nur über die militärischen Machtmittel und die Skrupellosigkeit diese einzusetzen verfügt.

Die Untersuchung der historischen Argumentation zur Rechtfertigung des Angriffs auf die Ukraine und ihre Einordnung in den weiteren Kontext der geschichtsideologischen Legitimation sowie geschichtspolitischen Praxis des Putinregimes kann jedoch Einblicke in die ideologischen Triebfedern dieser zerstörerischen und selbstzerstörerischen Politik eröffnen. Putins regressiver imperialistischer Nationalismus wurzelt in einer heilsgeschichtlich aufgeladenen deterministischen und zyklisch angelegten nationalen Geschichtserzählung. In Putins nationalistischer Meistererzählung gehört die Ukraine Russland und die Ukrainer*innen sind integraler Bestandteil des russischen Volkes.

1 Der Gebrauch der Geschichte im System Putin

Mit angehaltenem Atem lauschten die Europäer*innen am Abend des 21. Februar der Übertragung einer Rede Vladimir Putins, an deren Ende er die Anerkennung der 2014 in Teilen der ukrainischen Gebiete Donec'k und Luhans'k errichteten separatistischen Pseudorepubliken als unabhängige Staaten durch Russland bekannt gab.¹ Dieser entscheidenden Information ging eine weit ausholende Geschichtsvorlesung voran, die die Geduld von Zuhörer*innen und die Konzentrationsfähigkeit von Simultandolmetscher*innen gleichermaßen strapazierte. Ausführliche und detailverliebte Darlegungen zu historischen Ereignissen und Entwicklungen sind in den Reden und Texten Putins und anderer prominenter Vertreter der politischen Machtelite Russlands durchaus keine Seltenheit. Zur Untermauerung seiner geschichtlichen Unterweisungen beruft Putin sich nicht gern auf Fachhistoriker*innen, sondern lieber auf eigene Archivstudien und persönliche Prüfung von Originaldokumenten.

Was zuweilen wie die Fixierung auf ein persönliches Hobby wirkt, hat im System Putin eine wichtige Funktion. Der Gebrauch historischer Argumentationen zur Begründung aktueller Positionen und Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik hat im späten Putinismus inflationär zugenommen. Alle Dimensionen des Politischen –

¹ Putin 2022a, deutsche Übersetzung im Blog der Zeitschrift „Osteuropa“, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.22/>, zuletzt aufgerufen am 02.05.2022.

das politische System, politische Richtungsentscheidungen und einzelne tagespolitische Maßnahmen – werden in wachsendem Maße durch Bezugnahme auf die Vergangenheit legitimiert. Aus der Sicht des Regimes ist zum einen die „richtige“ Interpretation zentraler historischer Ereignisse und Episoden für die innere und äußere Sicherheit elementar, zum zweiten folgt die „historische Wahrheit“ den wechselnden politischen Prioritäten des Regimes.

Putins Geschichtslektionen enthalten wichtige Informationen über die aktuelle politische Agenda und die zugehörigen offiziellen Narrative, an denen sich nachgeordnete Ebenen des Machtapparates und das staatliche und staatsnahe Kultur- und Bildungswesen orientieren können und sollen. Die Entwirrung, Systematisierung und Deutung dieser Narrative und die Auswirkungen der Propagierung nationalistischer, neoimperialistischer, militaristischer und revanchistischer Geschichtserzählungen auf die russische Politik und Gesellschaft beschäftigen und beunruhigen Osteuropahistoriker*innen sowie sozial- und politikwissenschaftlich orientierte Russlandexpert*innen schon seit geraumer Zeit.²

Auch in anderen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas stehen Geschichtspolitik (die Bezugnahme auf die Vergangenheit zu politischen Zwecken) und die Mythologisierung von Geschichte (die Gestaltung und Weiterentwicklung identitätsbezogener und herrschaftslegitimierender Geschichtserzählungen) hoch im Kurs. Für die russische staatliche Geschichtspolitik ist neben der Hyperaktivität von allerhöchster Stelle vor allem ihre ideologische Qualität charakteristisch. Der Erklärungsanspruch der Geschichtserzählung für Fragen der Gegenwart und Zukunft ist nahezu allumfassend, in Bezug auf den zentralen Mythos, den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“, sind außerdem Tendenzen zur Sakralisierung und Etablierung eines staatlichen Deutungsmonopols zur Festlegung der „historischen Wahrheit“ erkennbar.³ Die Ideologisierung des historischen Gedächtnisses spiegelt sich in der Neufassung des Art. 67 in der 2020 beschlossenen und qua Referendum bestätigten Verfassungsnovelle. Hier wird nicht allein die tausendjährige Geschichte, Kontinuität und Einheit des Russländischen Staates beschworen, sondern auch die Verpflichtung des Staates zum „Schutz der historischen Wahrheit“ in Verfassungsrang erhoben.⁴

Der in der Verfassungsbestimmung enthaltene Gedanke der „Kontinuität in der Entwicklung des russischen Staates“ spielt als Rechtfertigung der autokratischen zentralistischen Regierungsform in der Putinschen Geschichtsideologie eine wichtige Rolle.⁵ Dynamik wird als zyklisch aufgefasst. Sie entsteht im Wesentlichen daraus, dass Einheit und Größe des Staates immer wieder durch äußere Feinde bedroht werden, die

2 Zur Geschichtsideologie und dem strategischen Einsatz von historischen Narrativen in der Innen- und Außenpolitik Russlands seit 2012 vgl. Weiss-Wendt 2021; Zahlreiche Beiträge zu dieser Thematik wurden in den vergangenen Jahren in der Zeitschrift „Osteuropa“ veröffentlicht. Vgl. Kolesnikov 2020: 3–38; Auch Wissenschaftler*innen, die an sicherheitspolitisch orientierten politikberatenden Forschungsinstituten tätig sind, haben Studien zur russischen Geschichtspolitik publiziert. Vgl. Domańska/Rogoża 2021a, 2021b; Stewart 2020.

3 Vgl. Domańska/Rogoża 2021b: 26 ff.

4 Art. 67, 2. „Die Russländische Föderation, geeint von einer tausendjährigen Geschichte, in Bewahrung des Andenkens an die Vorfahren, die uns ihre Ideale und den Glauben an Gott übermitteln haben und ebenso die Kontinuität in der Entwicklung des Russländischen Staates, bekennt die historisch gewachsene staatliche Einheit.“, Punkt 3: „Die Russländische Föderation ehrt das Andenken der Verteidiger des Vaterlandes und sichert den Schutz der historischen Wahrheit. Die Herabminderung der Bedeutung der Großtat des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes ist unzulässig“ (Offizielles Internetportal für Rechtsinformation 2020).

5 Zur zentralen Rolle des Kontinuitätsmotivs vgl. Stewart 2020: 209 ff.

sich dazu regelmäßig auch der Anstachelung innerer Konflikte und Unruhen bedienen und jede Schwächung des autokratischen Zentrums ausnutzen.

Der staatliche Anspruch, den Rahmen des Erlaubten für mediale und wissenschaftliche Diskurse über die Vergangenheit festzustecken und Abweichungen zu sanktionieren, gründet sich auf die „Versicherheitlichung“ historischer Diskurse.⁶ Die aktuelle russische Nationale Sicherheitsstrategie vom Juli 2021 gibt davon ein beredtes Zeugnis. Sie benennt eine „Verdrehung der Weltgeschichte und eine Revision der Rolle und des Platzes Russlands in dieser Geschichte“ als Bedrohung für die Interessen Russlands.⁷ Der Schutz „traditioneller geistig-sittlicher Werte, der Kultur und des historischen Gedächtnisses“ wird unter den strategischen nationalen Prioritäten aufgeführt.⁸ Auf diesem Gebiet verzeichnen die Autor*innen der Strategie eine akute Bedrohung russischer Souveränität und russischer Sicherheitsinteressen:

Informationspsychologische Diversion und „Verwestlichung der Kultur“ verstärken den drohenden Verlust der kulturellen Souveränität der Russischen Föderation. Es häufen sich Versuche der Verfälschung der russischen und globalen Geschichte, der Verdrehung der historischen Wahrheit und der Vernichtung des historischen Gedächtnisses [...].⁹

Jede Infragestellung der offiziellen Geschichtserzählung löst alarmierte Reaktionen aus, da das Regime den aktuellen politischen und territorialen Besitzstand Russlands als defizitär wahrnimmt. Eine Beschädigung des imperialen Narrativs gefährdet den intergenerationellen Transfer der revisionistischen und revanchistischen Haltung bezüglich des nach dem Zerfall der Sowjetunion etablierten territorialen Status quo. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit der drei ostslawischen Völker und Staaten (Ukraine, Belarus und Russland) unter Führung Russlands wird von der russischen Bevölkerung insgesamt schon lange nicht mehr als zwingende Notwendigkeit betrachtet.¹⁰ Dies gilt umso mehr für eine Generation, die die Sowjetunion nicht mehr aus eigener Erfahrung kennt. Die revisionistische Agenda des Regimes spiegelt sich auch in der starken Betonung militärischer und heroischer Aspekte in der nationalen Geschichtserzählung und der Militarisierung der historischen Bildung in staatlichen und staatlich geförderten Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und staatsnahen Medien wider.¹¹

Die Erhebung ideologischer Geschichtserzählungen in die Rolle der zentralen Legitimationsquelle und die Versicherheitlichung der „historischen Wahrheit“ sind für professionelle Historiker*innen mit einer Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre verbunden, bedeuten für die Profession aber auch einen Zuwachs an Bedeutung und Verdienstmöglichkeiten durch die Allokation staatlicher Mittel in

⁶ Vgl. Bækken/Enstad 2020: 321–344; Domańska/Rogoza 2021b: 21 ff.

⁷ Offizielle Internetportal für Rechtsinformation 2021: 6 (Punkt 19).

⁸ Ebd.: 8 f. (Punkt 26).

⁹ Ebd.: 35 (Punkt 88).

¹⁰ Das Levada-Zentrum und das Kijiver Institut für Soziologische Studien (KIIS) haben seit 2008 regelmäßig repräsentative Umfragen zum russisch-ukrainischen Verhältnis durchgeführt. Für eine Wiedervereinigung in einem Staat sprachen sich in einer Umfrage im September 2020 16 Prozent der Befragten in Russland für eine Vereinigung in einem Staat aus (vgl. Levada-Center 2020). In einer Umfrage vom 17. bis 21. Februar 2022 votierten nur 25 Prozent der Befragten dafür, dass die ukrainischen Separatistengebiete Teil Russlands werden sollten. In der Gruppe der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren sprachen sich nur 16 Prozent für diese Option aus (vgl. Levada-Center 2022).

¹¹ Zur gemischten Erfolgsbilanz dieser Politik vgl. Bækken 2021: 261–275.

historische Forschung und Bildung. Davon profitieren patriotische „Geschichtsunternehmer*innen“, Kunstschaffende und Filmemacher*innen, die sich der Popularisierung und Bebilderung der einzelnen Episoden der nationalen Meistererzählung verschreiben.¹² Wissenschaftler*innen und Beschäftigte im Bildungswesen, die gegen das kanonisierte Narrativ vom „Großen Vaterländischen Krieg“ verstoßen, müssen mit empfindlichen Repressionen, wie dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der Aberkennung des akademischen Titels rechnen. Kritik am offiziellen Narrativ oder die Beleidigung von Weltkriegsveteran*innen kann aufgrund schwammig gefasster und großzügig ausgelegter Straftatbestände zur Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen wegen Rehabilitierung des Nazismus, Beleidigung von Veteranen oder Extremismus führen, die mit Geld- oder sogar Haftstrafen geahndet werden können.¹³

2 Nationalismus und Geschichtsideologie

Die Ideologisierung des Putinsystems hat in den letzten Jahren beständig zugenommen, wird aber von denjenigen, deren Bild von Putin und seiner politischen Agenda wesentlich in seinen beiden ersten Amtszeiten geprägt wurde, häufig noch unterschätzt. Die Neuerfindung des Putinregimes als ein sich zunehmend ideologisch legitimierendes System wird auf die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt im Jahr 2012 datiert. Viele Beobachter*innen zweifelten damals an der Aufrichtigkeit der ideologischen Wende. Die konservativ-nationalistische Rhetorik erschien zunächst lediglich als neuester politotechnologischer Schachzug, um der Protestbewegung des Winters 2011/2012 den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn unter deren Aktivist*innen waren verschiedene Spielarten des russischen Nationalismus prominent vertreten. Der neue Nationalismus wurde als taktische Anpassung einer pragmatischen Machtelite interpretiert, die in erster Linie an Stabilität, am eigenen Machterhalt und dem exklusiven Zugriff auf die Renten aus dem Rohstoffgeschäft interessiert sei.

Die ideologische Neuerfindung des Putinregimes erschien zudem zweckmäßig und notwendig, um den Verlust anderer Legitimitätsressourcen zu kompensieren. Spätestens mit der Dumawahl 2011 war unübersehbar geworden, dass das System Putin den Ausgang der Wahlen nicht allein durch Manipulation der Regeln des politischen Wettbewerbs (permanentes Schrauben an der Wahl- und Parteiengesetzgebung), sondern auch durch offene Fälschungen kontrollierte.¹⁴ Putins sinkende Zustimmungswerte zu Beginn seiner dritten Amtszeit als Präsident machten das Argument, dass „Putin ohnehin gewonnen hätte“, zunehmend fragwürdig. Das russische Wirtschaftswunder ging 2009 mit dem konjunkturellen Einbruch in Folge der Finanzkrise zu Ende. Es folgten Jahre der Stagnation, die oft beschworene Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft blieben aus. Damit wurde das Versprechen von Stabilität und stetig wachsendem Wohlstand gebrochen, mit dem das

¹² Als bestes Beispiel für die einkommens- und karrierefördernden Eigenschaften einer patriotischen Grundhaltung für Historiker*innen kann wohl der berufliche Werdegang des ehemaligen Kultusministers und Vorsitzenden der Militärhistorischen Gesellschaft V. Medinskij gelten. Vgl. Pavlenko 2022; Weiss-Wendt 2021: 46–61.

¹³ Domańska/Rogoza 2021a.

¹⁴ Zu Wahlanomalien in Russland im Zeitraum 2000 bis 2020 vgl. Schpilkin (2020). Gekürzte deutsche Übersetzung der Dekoder-Redaktion. Das auf der russischen Plattform für Investigativjournalismus „proekt“ (www.proekt.media) veröffentlichte Original ist nicht mehr zugänglich.

System die schwache Inputlegitimität in den ersten beiden Amtszeiten Putins erfolgreich zu kompensieren vermocht hatte.

Das patriotische Hochgefühl des „Russischen Frühlings“ 2014, der sprunghafte Anstieg des Präsidentenratings¹⁵ und der offene Bruch mit dem Westen nach der Krimannexion und der militärischen Intervention Russlands im Donbas wirkten als zusätzliche Katalysatoren für die Ideologisierung des Putinregimes und insbesondere für die geschichtsideologische Rechtfertigung seiner revanchistischen aggressiven Außenpolitik. Der Erfolg schien Putins revisionistischem imperialen Nationalismus mitsamt seiner historischen und ethnischen Legitimationsstrategie¹⁶ recht zu geben. In Russland fand die Annexion der Krim breite Unterstützung und wurde auch in regimekritischen Kreisen vielfach mit Befriedigung aufgenommen, ungeachtet der Tatsache, dass sich die Annexion auf Gewaltandrohung, Desinformation und ein farcenhaftes Referendum stützte, einen eklatanten Bruch des Völkerrechts darstellte, westliche Sanktionen hervorrief und das Verhältnis zum Nachbarland Ukraine nachhaltig vergiftete.

Ein autoritärer, revanchistischer, antiwestlicher Nationalismus, der mit einem zwischen imperialen und ethnisch-russischen Konzeptionen oszillierenden Nationsbegriff operiert, wurde in Russland zur herrschenden Ideologie.

Nationalismus gehört zu den „dünnen Ideologien“, deren Kerndoktrin ein begrenztes Spektrum politischer Themen abdeckt und die erst in Verbindung mit anderen elaborierteren Ideologien ein politisches „Vollsortiment“ anbieten können. Im Zentrum der nationalistischen Ideologie steht immer die Erlangung oder Bewahrung von Identität, Autonomie und Einheit der eigenen Nation.¹⁷ Bei der Konstruktion und Reproduktion dieser Ideale spielen historische Mythen, identitätsbezogene Geschichtserzählungen, häufig eine zentrale Rolle. Das Putinregime verfügt über keine differenzierten, kohärenten und integrierenden politischen Ideale und Zukunftsvorstellungen, die über den Kult des starken zentralistisch geführten autoritären Staates im Innern, Ressentiment und Revanchismus im Verhältnis zum Westen und Irredentismus bezüglich der verlorenen Gebiete des sowjetischen Imperiums hinausweisen. Der Weg zur Erfüllung der Ideale von Identität, Autonomie und Einheit wird in der Reproduktion der Vergangenheit gesucht, aus Geschichte wird Heilsgeschichte, aus Geschichtspolitik wird Geschichtsideologie. In Putins nationalistischem Narrativ über die Wiederherstellung und Bewahrung von nationaler Identität, Autonomie und Einheit Russlands kommt der Ukraine eine wichtige Rolle zu:

Grundlegend für die *Identität* des großen russischen Volkes ist seine enge Verbindung mit dem starken zentralistisch organisierten Staat, sein staats- und imperiumsbildender Charakter. An der Spitze des Staates steht ein Alleinherrscher, der in Ausübung seiner unangefochtenen Macht das Volk und den orthodoxen Glauben vor den unablässigen existentiellen Anfeindungen und Angriffen feindlicher Mächte schützt. Der russische Staat und sein Volk sind Manifestationen einer eigenständigen russischen und orthodoxen Zivilisation. Die Kiewer Rus, ein mittelalterliches Großreich mit ostslawischer Bevölkerung, das von einem normannischen Fürstengeschlecht regiert wurde und ab 988 den christlichen Glauben nach byzantinischem Ritus annahm, wird als Wiege dieser orthodoxen Zivilisation und als direkter Vorläufer des heutigen russischen Staates angesehen. Die russische Zivilisation, die Russen, Belarussen und Ukrainern gemein ist und in weitere Bereiche des russischen Imperiums ausstrahlt, wird als Antipode des rationalistischen, materialistischen, individualistischen und

¹⁵ Vgl. Länder-Analysen 2016: 14 f.; vgl. auch Alekseev/Hale 2020: 344–359.

¹⁶ Putin 2014; Für einen wissenschaftlich kommentierten Auszug der Krim-Rede in deutscher Übersetzung siehe: dekoder 2019.

¹⁷ Smith 2010: 5–46.

dekadenten Westens als spirituell, kollektivistisch, patriarchalisch und traditionsverbunden konstruiert. Zur imperialen Identität gehört die Vorstellung, dass das russische Imperium ein gutes, friedliches Imperium ist, das sich allein durch die Gravitationskraft seiner geographischen Größe, politischen und militärischen Stärke und zivilisatorischen Attraktivität friedlich ausbreitet. Im Gegensatz zum Westen ist es nicht auf ökonomische Ausbeutung ausgerichtet, sondern auf Entwicklung in Zusammenarbeit mit regionalen Eliten zum allseitigen Nutzen und auf gemeinsame Sicherheit vor äußeren Feinden. Nach Putin gehört zur russischen Identität auch eine glorreiche militärische Tradition. Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ ist der zentrale Gründungsmythos des Putinismus. Seine heilsgeschichtliche Aufladung spielt eine wichtige Rolle zur Legitimierung der russischen Ansprüche auf Großmachtstatus und eine bestimmende Rolle in Europa.¹⁸ Der russischen militärischen Tradition wird per se ein defensiver Charakter zugeschrieben. Der militärische Heroismus ist nicht auf imperiale Eroberung gerichtet, sondern der russische Soldat ist Verteidiger von Heimat und Vaterland und Befreier vom Faschismus und Fremdherrschaft. Sollte er sich einmal in der Offensive befinden, liegt das daran, dass er eigentlich nur das wieder zurückerobert, was Russland historisch betrachtet rechtmäßig zusteht oder was aus geopolitischen Erwägungen für die Sicherheit Russlands unverzichtbar ist.¹⁹

Autonomie bedeutet die Abwehr jeder aus dem Westen kommenden Kritik oder gar Einflussnahme als unzulässige Einmischung und Angriff auf die russische zivilisatorische Einzigartigkeit und die russische Souveränität. Für die imperiale Nation bedeutet Autonomie auch die Anerkennung des Anspruchs, im eigenen (postsowjetischen) Hegemoniebereich die Regeln zu bestimmen, äußere Einflüsse abzuwehren oder zu regulieren und die Grenzen der Eigenständigkeit der zum Hegemoniebereich gehörenden Staaten festzulegen.

Das Postulat der *Einheit* des Putinschen Nationalismus ist im Inneren auf politische Homogenität und Loyalität gegenüber dem System gerichtet. Die autokratische zentralistische Regierungsform ist Garant der nationalen Einheit. Widerspruch gegenüber dem herrschenden Regime, das die historischen Ideale Russlands verkörpert, gefährdet die Einheit und damit letztlich sogar die Existenz von Staat und Volk und steht im Grunde immer ursächlich in Zusammenhang mit dem Bestreben äußerer Feinde und Konkurrenten, den Zusammenhalt Russlands zu untergraben.²⁰ Das Einheitsideal umfasst aber nicht allein das Territorium und die Bevölkerung Russlands sowie die nach dem Ende der Sowjetunion in anderen Nachfolgestaaten verbliebenen ethnischen Russ*innen (Landsleute), sondern schließt auch Ukrainer*innen und Belaruss*innen mit ein, die nach Putins Lesart ein untrennbares „dreieiniges“ Ganzes bilden. Ihre Eigenstaatlichkeit erscheint vor diesem Hintergrund als vorübergehende Anomalie, ein historischer Irrweg, der auf die zufällige Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen ist und der Korrektur bedarf.

Die Verknüpfung des Einheitsnarrativs mit der tausendjährigen Geschichte und Kontinuität des russischen Staates in der Neufassung der Verfassung von 2020 spricht Bände und liegt auf einer Linie mit weiteren symbolträchtigen geschichtspolitischen Akten, die verdeutlichen, dass das Putinregime die Wiedereingliederung der Ukraine in das russische Imperium für geboten hält und sie auf der symbolischen Ebene vorbereitet.

¹⁸ Vgl. Domańska 2019; Domańska/Rogoża 2021b: 27 ff.

¹⁹ Zum defensiv-militaristischen Selbstverständnis vgl. Kolesnikov 2020: 6.

²⁰ So enthält die nationale Sicherheitsstrategie vom 2. Juli 2021 die Behauptung, dass feindliche Staaten Russlands sozioökonomische Probleme ausnutzen würden, um Russlands innere Einheit zu zerstören, eine Protestbewegung zu inspirieren und zu radikalieren, marginale Gruppen zu unterstützen und eine Spaltung der russischen Gesellschaft herbeizuführen (Offizielles Internetportal für Rechtsinformationen 2021: 6 (Punkt 20)).

Erinnert sei hier an die Errichtung eines 16 Meter hohen Denkmals zu Ehren Vladimirs des Heiligen, Großfürst von Kiew und der ganzen Rus, in unmittelbarer Nähe des Kremls, das am 4. November 2016, dem Tag der Nationalen Einheit,²¹ eingeweiht wurde. Zu diesem Zeitpunkt führte Russland im Donbas schon mehr als zwei Jahre einen unerklärten Krieg gegen die Ukraine. Das Denkmal des Großfürsten, der im Jahre 988 die Christianisierung der Kiewer Rus im byzantinischen Ritus eingeleitet hatte, ist stilistisch an ein im Jahr 1853 im Auftrag Zar Nikolaus I. am Ufer des Dnipro errichtetes Vorbild angelehnt, das heute als Wahrzeichen Kiews gilt. Doch im Unterschied zu seinem Kiewer Pendant hält der Großfürst am Moskauer Kreml ein Schwert in seiner Linken.²²

Diese Denkmalssetzung lässt sich als symbolische Verdichtung von Putins nationalistischer Agenda begreifen. Erstens setzt hiernach die Verwirklichung des nationalistischen Ideals von Identität, Autonomie und Einheit der russischen Nation eine Überwindung des aktuellen territorialen und machtpolitischen Status quo voraus, zweitens stellt der Einsatz militärischer Gewalt zu diesem Zweck ein bewusst einkalkuliertes, notwendiges und gerechtfertigtes Mittel dar und drittens kommt der Ukraine aus Putins Sicht eine zentrale Rolle für die Wiedererlangung des Russland historisch zustehenden Großmachtstatus und der Wiederherstellung der Kontrolle über als „historisch russisch“ definierte Gebiete zu.

3 Putins Ukraine-Narrativ und seine Radikalisierung

Die Rahmenerzählung für die Geschichte der ukrainisch-russischen Beziehungen nach Putin bildet der Gedanke der unauflöslichen historischen Einheit von Russen und Ukrainern, die immer wieder vom feindlichen Westen und verräterischen ukrainischen Eliten in Frage gestellt wird. Neben diesen Konstanten lässt sich in der Entwicklung von Putins Ukraine-Narrativ eine wachsende Radikalisierung in Bezug auf die Infragestellung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit und der Existenz einer ukrainischen Nation nachverfolgen.

Putin hat sich intensiv und offensichtlich mit großem persönlichem Eifer mit der Rolle der Ukraine in der russischen Geschichte befasst. Sein Ukraine-Narrativ hat er in mehreren Reden, in Bürgersprechstunden, Interviews, Pressekonferenzen und in einem längeren Aufsatz entfaltet, der am 12. Juli 2021 auf der Internetseite des Kreml unter dem Titel „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ veröffentlicht wurde.²³ Dieser Text wurde bereits mehrfach von Fachhistoriker*innen analysiert und kontextualisiert.²⁴ Es lohnt sich aus heutiger Sicht jedoch ein weiterer Blick darauf. Denn seine Veröffentlichung fällt in einen Zeitraum, in dem der Angriffskrieg auf die Ukraine bereits vorbereitet wurde. Er ist also als ein Instrument der Legitimation und der propagandistischen Vorbereitung auf die geplante militärische Unterwerfung und Besetzung der Ukraine zu verstehen. Dies gilt auch für die Fernsehansprache vom Abend des 21. Februar 2022, die ebenfalls längere Ausführungen zur russisch-ukrainischen Geschichte enthielt.

²¹ An diesem Feiertag wird der Befreiung Moskaus von der polnischen Besatzung im Jahr 1612 gedacht.

²² Schenk 2021; Kappeler 2019.

²³ Putin 2021a; Übersetzung: Putin 2021b; weitere Reden mit Ausführungen zur ukrainischen Geschichte: Kreml 2013 und Putin 2014.

²⁴ Kappeler 2021; Behrends 2021; Domańska/Żochowski 2021.

3.1 Geschichtsrevisionistische Drohgebärden – Putins Aufsatz vom Sommer 2021

Im ersten Teil seines Aufsatzes „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ behandelt Putin die russisch-ukrainische Geschichte von der Kiewer Rus bis zum Ende der Sowjetunion. Den roten Faden seiner Geschichtserzählung bildet der schon im Titel formulierte Gedanke der unauflösbaren Einheit des russischen und ukrainischen Volkes. Russen und Ukrainer sind (zusammen mit den Belarussen) Teil eines dreieinigen russischen Volkes. Dessen geistige Einheit beruht auf objektiven Kriterien, nämlich historischen, ethnischen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten, die unveränderlich sind. Dabei operiert Putin mit einem essentialistischen Verständnis von Volk und Nation.²⁵ Putins Schnelldurchlauf durch die wechselhafte Geschichte der Ukraine und ihrer einzelnen Regionen liegt die strukturierende Idee zu Grunde, dass diese Einheit immer wieder durch ausländische Kräfte gestört wird, die sich dazu eigensüchtiger einheimischer Eliten bedienen. Versuche, die Bande der russisch-ukrainischen Einheit zu zerreißen oder zu schwächen, führen notwendig zum Verlust jeglicher ukrainischen Eigenständigkeit und zum ökonomischen Niedergang. Die Bevölkerung der Ukraine erlebt unter fremder Herrschaft ausschließlich religiöse Unterdrückung und Ausbeutung. Während verräterische Eliten sich immer wieder korrumpieren lassen, strebt das Volk in der Ukraine nach Wiederherstellung der Einheit mit dem russischen Volk und Staat. Diese Verbindung ist in Putins Darstellung organisch, unauflöslich und nahezu konfliktfrei und garantiert die gedeihliche ökonomische und kulturelle Entwicklung der Ukraine.

Ein ukrainisches Volk habe es den weiteren Ausführungen Putins zufolge vor der sowjetischen Periode nicht gegeben, auch wenn im 19. Jahrhundert ohne historische Grundlage in der polnischen Elite und „gewissen Teilen der kleinrussischen Intelligenz“ die Vorstellung von einem ukrainischen Volk, das vom russischen Volk getrennt ist, entstanden sei. Diese Idee sei dann von Österreich-Ungarn zu politischen Zwecken benutzt worden, um Russland zu schaden. Die kurzlebigen ukrainischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg hätten ausschließlich unter fremder – polnischer und deutscher – Kontrolle gestanden. Die Festschreibung der These von den drei getrennten slawischen Völkern, dem russischen, dem ukrainischen und dem belarussischen, an Stelle der „großen russischen Nation“ sei erst ein Resultat der sowjetischen Nationalitätenpolitik der 1920er und 1930er Jahre gewesen. Auch die ukrainische Eigenstaatlichkeit und der, aus Putins Sicht, großzügige territoriale Zuschnitt der Ukraine seien Produkte verfehlter Entscheidungen kommunistischer Führer, die Russland ausgeraubt und zerstückelt hätten.

Am Ende des geschichtlichen Teils wechselt Putin hier schon in den polemischen, sprunghaften und unsachlichen Argumentationsstil über, der seine folgenden Ausführungen zu den russisch-ukrainischen Beziehungen der Gegenwart bestimmt, in die auch immer wieder historische Bezüge eingebaut sind. Darin erhebt Putin maßlose Anschuldigung gegen die ukrainischen Regierungen, die in der Behauptung gipfeln, Russen in der Ukraine würden gewaltsam assimiliert, um einen „ethnisch sauberen ukrainischen Staat“ zu schaffen, der sich aggressiv gegen Russland richte, was im Resultat mit „dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns“ vergleichbar sei.

In diesem Text entwickelt Putin bereits die Argumentation, die ihm ein halbes Jahr später zur Rechtfertigung des Angriffskriegs auf die Ukraine dienen wird. Danach sind die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine und die Existenz eines „vom russischen Volk getrennten ukrainischen Volkes“ historische Unfälle. Die Anerkennung der

²⁵ Kappeler 2021: 69.

ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit ist eine vorübergehende Konzession Russlands und an die Bedingung gebunden, dass die Ukraine im Orbit der russischen Hegemonie verbleibt, was mittelfristig die Korrektur des historischen Irrtums ermöglichen soll. Ein ukrainischer Staat, der sich von Russland entfernt und sich mit seinen Feinden verbündet, verliert diese Billigung und damit seine Existenzberechtigung. Ukrainische politische Eliten, die die Ukraine aus dem Hegemoniebereich Russlands zu lösen versuchen, handeln gegen den Willen und die Interessen ihres Volkes und sind illegitim. Russland besitzt einen historischen Anspruch auf große Teile des ukrainischen Staatsgebiets, weil diese während der Zarenzeit militärisch erobert und von ethnischen Russen besiedelt oder der Ukraine in sowjetischer Zeit „geschenkt“ worden seien.²⁶

Der Osteuropa-Historiker Andreas Kappeler bewertet den ersten historiographischen Teil von Putins Abhandlung als einseitig und nicht frei von problematischen Einschätzungen, billigt ihm aber trotz fehlender Quellennachweise insgesamt einen wissenschaftlichen Charakter zu. Putin folge hier einer Meistererzählung, die im Zarenreich und in der Sowjetunion seit den 1930er Jahren offizielle Lehrmeinung gewesen und auch im heutigen Russland verbreitet sei.²⁷

Zum Zerrbild wird diese Erzählung durch ihre extreme Selektivität. Fakten, die in irgendeiner Weise geeignet sind, Putins Narrativ von unverbrüchlicher Einheit und dem Streben nach Wiedervereinigung zu stützen, werden aus ihrem historischen Kontext gerissen und höchst einseitig interpretiert. Relevante Ereignisse und Episoden, die das Narrativ in Frage stellen, werden mit Schweigen übergangen.²⁸ So erwähnt Putin die sowjetische Indigenisierungspolitik (*korenizacija*) und ihre Bedeutung für die ukrainische Nationsbildung, lässt aber die Tatsache aus, dass diese Politik in der Ukraine 1933 faktisch eingestellt, die Trägerschichten der Ukrainisierung, ukrainische Kommunist*innen und Intellektuelle, zu einem hohen Prozentsatz von Stalins Schergen ermordet wurden.²⁹

Putins Geschichtsdarstellung ist vor allem im eigentlichen Sinn unhistorisch, da es in diesem Geschichtsbild keine Entwicklung und Veränderung gibt. Putins deterministisches Geschichtsverständnis, das von den Leitgedanken der Kontinuität und der zyklischen Wiederholung bestimmt ist, schließt die Integration von grundlegenden sozioökonomischen, kulturellen und politischen Wandlungsprozessen aus, wie namentlich den Prozess der ukrainischen Nationsbildung. Aus der Deutung der ukrainischen und belarussischen Geschichte als permanentem Streben nach Wiedervereinigung mit Russland leitet Putin ab, dass auch heute eine Wiedervereinigung mit Russland erwünscht und erstrebenswert sei. Da die polnisch-litauische Adelsrepublik im 17. Jahrhundert Autonomieforderungen der Kosaken nicht erfüllt und nie etwas für die ukrainische Kultur übrig gehabt habe, gehe es den westlichen Unterstützer*innen bei ihrem angeblichen Projekt Ukraine als „Anti-Russland“ auch wieder nicht um die Interessen der Menschen in der Ukraine. Weil die Anfänge der ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert auf die intriganten Pläne polnischer Nationalisten und später Österreich-Ungarns zur Schaffung einer antimoskowitzischen Rus zurückgegangen seien, sei auch die ihre Eigenständigkeit gegenüber Russland behauptende unabhängige Ukraine ein antirussisches Projekt, ein „Anti-Russland“, das von „jenen Kräften, die unsere Einheit schon immer untergraben

²⁶ Diese Argumentation hatte 2014 schon zur Rechtfertigung der Annexion der Krim, bei der Unterstützung der Machtübernahme der Separatisten im Donbas und des gescheiterten „Neurussland“-Projektes gedient (Putin 2014; Laruelle 2016: 55–74).

²⁷ Kappeler 2021: 70.

²⁸ Vgl. auch Behrends 2021: 82.

²⁹ Simon 1986; Martin 2001.

wollten“, initiiert sei. Und da Angehörige der westukrainischen „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland kollaborierten, müssen, dieser Logik folgend, auch die heute nach Unabhängigkeit im Bündnis mit Europa strebenden ukrainischen Eliten nazistisch sein.

Die ebenfalls für ein nationalistisches Geschichtsbild typische Fixierung Putins auf die Geschichte der eigenen Nation verhindert die Kontextualisierung der eigenen Erfahrung. Die Formierung nationaler Bewegungen, die für ethnische Gruppen ohne vorherige eigenstaatliche Tradition Autonomie und politische Selbstbestimmung einforderten und immer breitere Bevölkerungsgruppen für diese Idee gewinnen und mobilisieren konnten, die „Erfindung von Nationen“, wo es früher keine gegeben hatte, die Implosion europäischer Vielvölkerreiche und auch der Zerfall multiethnischer Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges waren schließlich keine exklusiv das russische Imperium betreffenden Phänomene.

Putins Text enthält eine wohlkalkulierte Mischung von Drohungen und Beschwichtigungen. So gibt er an, dass Russland die Existenz einer ukrainischen Nation respektiere. Ihre territoriale Integrität wird aber, anders als noch in Putins Rede zum Anschluss der Krim, ganz offen zur Disposition gestellt. Wobei sein Panorama der historischen Ansprüche Russlands auf ukrainisches Territorium Ansatzpunkte für alle möglichen Varianten der Zerstückelung oder vollständigen Einverleibung der Ukraine durch Russland bereithält. Dabei verbindet Putin die Drohungen gegen die territoriale Integrität der Ukraine explizit mit der kritischen Abgrenzung der heutigen Ukraine von der sowjetischen Periode der ukrainischen Geschichte. Mit der Negierung des sowjetischen historischen Erbes, gemeint sind die historische Aufarbeitung der sowjetischen Diktatur und ihrer Massenverbrechen, verliere die Ukraine auch den Anspruch auf die Gesamtheit des sowjetukrainischen territorialen Besitzstandes. Dieses paternalistisch anmutende Motiv wird von Putin in seiner „Ansprache an die Nation“ vom 21. Februar weiterentwickelt und zugespitzt.³⁰ Dabei bemüht Putin sich nicht einmal um die Konstruktion eines logischen Zusammenhangs zwischen der ukrainischen Geschichtspolitik zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit und der Drohung mit der Zerschlagung der Ukraine.

Es ist völlig offensichtlich, dass hier unverhohlen mit Rache für die Verletzung eines Tabus gedroht wird. Denn die sowjetkommunistischen Verbrechen sind zwar tatsächlich ein Stück gemeinsamer russisch-ukrainischer Geschichte, aber gerade nicht einfach eine „Tragödie“. Vielmehr wurden diese von konkreten Personen im Rahmen konkreter Strukturen und Institutionen begangen, namentlich der Repressions- und Überwachungsapparate, die heute in Russland in hohem Ansehen stehen und in deren Tradition Putin sich auch ganz persönlich verortet.³¹ Heute wird in Russlands offiziellem Gedächtnis nicht allein die Benennung der Täter vermieden, auch die

30 Das hier von Putin in aggressiven Tonfall vorgebrachte Angebot, man könne der Ukraine gerne zeigen, was eine echte Dekommunizacija (Entsowjetisierung) bedeute, nimmt auf den „Leninopad“ und die ukrainische Geschichtspolitik nach dem Maidan Bezug. Nach der Revolution, der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbas wurden auch im Zentrum, im Süden und Osten der Ukraine die Lenindenkmäler an vielen Orten gestürzt oder abmontiert. Außerdem hatte die Ukraine im April 2015 ein geschichtspolitisches Gesetzespaket verabschiedet, das Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus gleichermaßen verurteilt und u. a. die Zuschaustellung von nationalsozialistischen und sowjetischen Symbolen verbietet, was in der Ukraine in der Folgezeit zu einer großflächigen Umbenennung von Toponymen und öffentlichen Institutionen führte. Zur ukrainischen Politik der Entsowjetisierung/ »Dekommunizacija« sind zahlreiche Beiträge in der Internetzeitschrift *Ukraine-Analysen* (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) erschienen, zur neueren Entwicklung vgl. Hausmann/Martyniuk 2020: 7–10.

31 Domańska/Rogoża 2021a: 25; Darczewska 2018.

Erinnerung an die Opfer ist dem Regime unerträglich geworden. Dies wird aktuell durch die systematische öffentliche Diskreditierung und das anschließende Verbot der Tätigkeit von *Memorial* bezeugt, der ältesten Menschenrechtsorganisation in Russland, die sich schon seit sowjetischer Zeit der historischen Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen und dem Andenken an die Opfer gewidmet hatte.³²

3.2 Vom Einheitsnarrativ zur Angriffslegitimation – Putins Kriegsansprachen vom Februar 2022

Putins Ansprache an die Nation, die am späten Abend des 21. Februar im russischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, illustriert die zentrale Funktion von Geschichtserzählungen als Legitimationsquelle im Putinismus überaus deutlich. Putin gibt hier explizit an, Russlands aktuelle Motive und Ziele in Bezug auf die Ukraine historisch ableiten zu müssen. Dass die historische Argumentation kein dekoratives Element darstellt, zeigt sich im Detailreichtum seiner historischen Darlegungen, aber auch an Putins offensichtlich hoher emotionaler Anspannung. Die Ausführungen zur ukrainischen Geschichte, die Putin schief in seinem Stuhl hängend mit teils starren, teils von Zorn und Abscheu verzerrten Gesichtszügen vorträgt, konzentrieren sich dieses Mal auf die Formierungsphase und das Ende der Sowjetunion. Putin wiederholt die These, die Ukraine sei in ihrer heutigen territorialen Gestalt ganz und gar ein Geschöpf der Sowjetunion und verfehlter politischer Entscheidungen ihrer kommunistischen Führer, insbesondere Lenins. Der formal föderale Aufbau der Sowjetunion, auf dem Lenin bestanden habe, und die Ausstattung der Unionsrepubliken mit Attributen der Eigenstaatlichkeit und dem Recht auf Austritt aus der Union seien nicht nur ein Fehler, sondern „sozusagen viel schlimmer als ein Fehler“ gewesen. Zwar habe Stalin dann seine eigenen Vorstellungen vom Staatsaufbau durchgesetzt, die in der Praxis zur Entstehung eines streng zentralistischen absoluten Einheitsstaates geführt hätten. Stalin habe es aber versäumt, die Verfassung „von diesen unsäglichen, utopischen, revolutionär angehauchten, aber für jedes normale Land absolut zerstörerischen Prinzipien zu säubern“ – gemeint ist damit das Selbstbestimmungsrecht der Unionsrepubliken mit Recht auf Austritt aus der Union.

Vor dem Hintergrund der Krise der Planwirtschaft in den 1980er Jahren sei das Leninsche Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zum Einfallstor für den Machthunger lokaler Eliten geworden, die aus kurzfristigen politischen Erwägungen nationalistische Stimmungen angeheizt hätten. Mit der Affirmation des Prinzips der Eigenstaatlichkeit der Unionsrepubliken durch das ZK der KPdSU im September 1989 sei dann der Zerfall der Sowjetunion zwei Jahre vor ihrem tatsächlichen Ende faktisch bereits besiegelt gewesen.

Ungeachtet „all der Ungerechtigkeiten, des Betrugs und des unverhohlenen Raubs“, die Russland wiederfahren seien, habe das russische Volk die neuen Realitäten akzeptiert und sich gegenüber der Ukraine politisch und finanziell großzügig erwiesen, dafür von ukrainischer Seite aber nur Undank erfahren. Eine eigensüchtige und korrupte Elite habe die sowjetische und russische „Mitgift“ verschleudert und die Ukraine auf den Weg des extremen Nationalismus, der Russophobie und der kompletten

³² Das Verbot von Memorial International wurde einige Tage nach Kriegsbeginn am 28. Februar 2022 durch Entscheidung des Obersten Gerichts bestätigt. Die Verbotsverfahren gegen das Menschenrechtszentrum Memorial und Memorial International und ihre Hintergründe sind in einem Themenschwerpunkt des Blogs der Zeitschrift Osteuropa dokumentiert. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/themenschwerpunkt/fokus-memorial/>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.

Verleugnung des gemeinsamen historischen Erbes geführt und sich dem Westen unterwürfig angedient. Putin zeichnet das Bild eines kompletten Staatsversagens in der Ukraine, das westliche Staaten zum „Anti-Russland“ umformen wollten. Die Ukraine strebe nicht nur die NATO-Mitgliedschaft an, sondern sei heute schon faktisch Aufmarschgebiet der NATO und strebe aktiv nach Massenvernichtungswaffen, insbesondere Atomwaffen, um Russland zu bedrohen und anzugreifen.³³

Der historische Teil, bis zum Zerfall der Sowjetunion, ist in seinen Bewertungen äußerst einseitig und unsachlich im Ton, enthält aber deutlich weniger postfaktisches als der zweite Teil, in dem sich ungezügelter Polemik und Demagogie Bahn brechen. Beiden Teilen gemeinsam ist aber das Ziel, die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine komplett zu delegitimieren. Damit hat sich die Haltung gegenüber der Ukraine noch einmal deutlich radikalisiert. Der neue historische Fokus kommt einer geschichtsideologischen Legitimierung der Beseitigung jeder Form der Eigenstaatlichkeit der Ukraine gleich. Die Auslöschung der ukrainischen Staatlichkeit wird durch die neue Erzählung zum Akt der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit für Russland, das seiner historischen Gebiete in krimineller Weise beraubt worden sei: das Territorium der Ukraine wird zum Eigentum Russlands. Und mehr noch, aus dem Zerfall der Sowjetunion wird der Zerfall „des unter dem Namen Sowjetunion firmierenden historischen Russland“. Diese Formulierung deutet revisionistische Forderungen an, die weit über die Einverleibung der Ukraine hinausgehen.

In Putins Angriffsrede vom Morgen des 24. Februar³⁴ ist die Subjektivität der Ukraine dann bereits komplett verschwunden. Zur Begründung des Angriffs auf das Nachbarland nimmt Putin nur noch auf die Feindbilder NATO und vor allem die USA Bezug, wobei Inhalt und Stil seiner Äußerungen den Eindruck einer überschießenden Kränkungsreaktion erwecken. Die Ukraine wird nun lediglich als ein Aufmarschgebiet der NATO konstruiert, von dem aus jederzeit ein militärischer Angriff der NATO auf Russland zu erwarten sei. Russland habe keine andere Wahl, als dem zuvorzukommen. Erst im letzten Drittel seiner Rede kommt Putin kurz auf einen angeblichen Genozid im Donbas zu sprechen, der eine „Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ der Ukraine notwendig mache und kündigt Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen an.

Er versichert, die Ukraine nicht besetzen zu wollen, um diese Zusage anschließend direkt wieder zu relativieren. Die anschließenden Erwägungen zum Selbstbestimmungsrecht und zur Entscheidungsfreiheit der „Völker, die auf dem Gebiet der heutigen Ukraine leben“ und sein Appell an die Bürger der Ukraine, sich der „Wahl“ der Krim und Sewastopols für ihre historische Heimat Russland zu erinnern – Russland habe nicht anders gekonnt, als diese zu unterstützen – lassen darauf schließen, dass eine Annektierung weiterer ukrainischer Gebiete durch Russland mittels simulierter Referenden geplant ist. Dabei stellt Putin die falsche Behauptung auf, die Bevölkerung der Ukraine sei nie gefragt worden, wie sie ihr Leben einrichten wolle. Ihm dürfte die Tatsache jedoch wohl bekannt sein, dass im Dezember 1991 in der Sowjetukraine ein Referendum über den Austritt der Ukraine aus der Sowjetunion abgehalten wurde, bei dem über 90 Prozent der Abstimmenden für die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine

33 Dabei lässt Putin die Tatsache unerwähnt, dass die Ukraine am Beginn ihrer staatlichen Unabhängigkeit bereits über Atomwaffen verfügte, diese aber im Austausch für die im Budapester Memorandum 1994 niedergelegten Sicherheits- und Grenzgarantien von Seiten Russlands, der USA und Großbritanniens freiwillig an Russland abgegeben hatte und dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten war (Yost 2015: 505–538; Budjeryn/Umland 2021: 177–189).

34 Putin 2022b. Deutsche Übersetzung im Blog der Zeitschrift Osteuropa, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.

votiert hatten – darunter auch eine absolute Mehrheit der Abstimmenden auf der Krim. In seiner Adressierung der Ukrainer*innen als „Menschen, die in den verschiedenen Gebieten der Ukraine leben“ stellt er implizit ein weiteres Mal die Existenz einer ukrainischen Staatsbürgerschaft in Abrede, die in der Realität für die Bürger*innen der Ukraine heute ein zentraler Bezugspunkt für kollektive Identität ist.³⁵ Die Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte, so Putins Vorschlag, sollten nach Hause gehen.

4. Fazit: Der Krieg und die Zukunft der russischen Vergangenheit

Der russische Historiker und Politologe Jurij Pivovarov bilanziert Putins historische Legitimation des Angriffs auf die Ukraine so:

Der Staatschef und de facto oberste staatliche Ideologe vertritt in seinen Erklärungen der historischen Angemessenheit der Aggression gegen die Ukraine im Wesentlichen die Position, die Ivan III. eingenommen hat, der, wir erinnern uns, die ukrainischen Länder für unser Vatererbe hielt. Also für etwas, was Moskau in Übereinstimmung mit historischen Rechten (historischer Gerechtigkeit) gehört. „Es war unser und wird unser sein“ – andere Möglichkeiten gibt es nicht. Die Ukraine als solche, die Ukraine für sich genommen ist, geopolitisch, historisch, kulturell, eine Chimäre. Eine „Missgeburt“ bolschewistischer Führer und österreichischer (allgemein westlicher) Feinde Russlands.³⁶

Der entschiedene und geschlossene militärische, politische und gesellschaftliche Widerstand der Ukrainer*innen gegen die russische Aggression entlarvt nicht nur die Absurdität der russischen Rechtfertigung des Angriffs als „Spezialoperation“ zur Befreiung der ukrainischen Bevölkerung von einem „nazistischen Marionettenregime“. Die ukrainische Gegenwehr und die eskalierende Zerstörungskraft und Brutalität der russischen Militäroperation zur Brechung des militärischen Widerstands zerstören die Glaubwürdigkeit und Kohärenz der nationalistischen Geschichtsideologie des Putinregimes. Russische Raketeneinschläge in ukrainische Wohnblöcke, Schulen und Krankenhäuser, die nahezu vollständige Zerstörung der Großstadt Mariupol und zahlreiche weitere russische Kriegsverbrechen legen die Geschichtsmymen von der „Dreieinigkeit der russischen Nation“, vom „guten friedlichen Imperium“ und dem russischen/sowjetischen Soldaten als selbstlosem Befreier in Trümmer. Die offensichtlichen Schwierigkeiten der an Personalstärke und Bewaffnung überlegenen russischen Streitkräfte, die Gegenwehr der ukrainischen Streitkräfte zu brechen, die hohen russischen Verluste und die niedrige Kampfmoral der russischen Armee beschädigen den Mythos der ruhmreichen Tradition der Militärgroßmacht Russland, an dem sich das russische Selbstvertrauen, der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation der letzten Jahre zum Trotz, aufgerichtet hatte. Putins Angriff auf die Ukraine verursacht Kollateralschäden an den letzten verbliebenen Legitimitätsressourcen seines Regimes. Als Stützen seiner Macht sind dem Putinregime jetzt nur noch die Fähigkeit und Bereitschaft zu schrankenloser Gewaltanwendung, die Repression jeder Form von Opposition und freier Information und die mediale Inszenierung eines postfaktischen Propaganda-Paralleluniversums geblieben.

³⁵ Aasland 2021: 3–8.

³⁶ Pivovarov 2022.

Um ihre legitimierende Funktion zu erhalten, wird das Regime die offizielle Geschichtserzählung den neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Sie wird historische Rechte auf das Territorium stärker betonen als die Dreieinigkeit der russischen Nation. Sie wird historische Episoden und Personen kultivieren, die diktatorische Herrschaft, massive Repressionen gegen die eigene Bevölkerung und die Anwendung entgrenzter Gewalt gegenüber der ukrainischen Nation und ihren Eliten legitimieren. Das Motiv der Kontinuität der russischen Geschichte kann dabei problemlos beibehalten werden. Mit den von Ivan III. erhobenen Besitzansprüchen auf ukrainisches Territorium, der Opričnina Ivans IV. und den stalinistischen Massenverbrechen, Schauprozessen, Massenerschießungen, Massendeportationen und dem Gulag steht ein reiches Reservoir an historischen Anknüpfungspunkten für die Weiterentwicklung der Putinschen Geschichtserzählung bereit. Die Wortwahl mit der Putin und andere Exponenten des Regimes diejenigen als „fünfte Kolonne“ angreifen, die den Krieg „Krieg“ nennen, ihn als Angriffskrieg verurteilen und über seine Schrecken berichten, wirkt wie ein Vorgriff auf die historische Rehabilitierung der stalinistischen Schreckensherrschaft.³⁷

Literaturverzeichnis

- Aasland, Aande (2021): Multiple Identitäten und Einstellungen gegenüber der ukrainischen Ethnopolitik. Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage, in: Ukraine-Analysen Nr. 254, S. 3–8, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/254/UkraineAnalysen254.pdf>, zuletzt aufgerufen am 28.04.2022.
- Alekseev, Mikhail A./Hale, Henry E. (2020): Crimea come what may. Do economic sanctions backfire politically?, in: *Journal of peace research* 57, S. 344–359.
- Bækken, Håvard (2021): Patriotic disunity. Limits to popular support for militaristic policy in Russia, in: *Post-Soviet-Affairs* 37, S. 261–275.
- Bækken, Håvard/Enstad, Johannes D. (2020): Identity under Siege. Selective Securitization of History in Putin’s Russia, in: *The Slavonic and East European Review* 98, S. 321–344.
- Behrends, Jan C. (2021): Putins negative Ukrainepolitik. Hintergründe und Analogien, in: *Osteuropa* 71, S. 77–84.
- Budjeryn, Mariana/Umland, Andreas (2021): Damage control. The breach of the Budapest memorandum and the nuclear non-proliferation regime, in: Oxana Schmies (Hg.), *NATO’s enlargement and Russia*, ibidem: Stuttgart, S. 177–189.
- Darczewska, Jolanta (2018): Defenders of the besieged fortress. On the historical legitimization of Russia’s special service (OSW Point of View, 07.08.2018), https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_70_defenders-of-the-besieged-fortress_net.pdf, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Dekoder (2019): Rede Wladimir Putins, 18.03.2019, <https://crimea.dekoder.org/rede>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Domańska, Maria (2019): The myth of the Great Patriotic War as a tool of the Kremlin’s great power policy (OWS Commentary 316, 31.12.2019), https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/Commentary_316.pdf, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Domańska, Maria/Rogoża, Jadwiga (2021a): Rosja. Dalsze zaostżanie ustawodawstwa dotyczącego polityki pamięci (OSW Analiza, 19.05.2021), <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/analizy/2021-05-19/rosja-dalsze->

³⁷ Kreml 2022.

- zaostrzanie-ustawodawstwa-dotyczacego-polityki-pamieci, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Domańska, Maria/Rogoża, Jadwiga (2021b): Forward, into the past! Russia's politics of memory in the service of 'eternal' authoritarianism (OSW Report, 22.11.2021), https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/OSW-Report_Forward-into-the-past_net_0.pdf, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Domańska, Maria/Żochowski, Piotr (2021): Putin. Ukraińcy to Rosjanie, Ukraina to „anty-Rosja” (OSW Analizy, 13.07.2021), <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/analizy/2021-07-13/putin-ukraincy-to-rosjanie-ukraina-to-anty-rosja>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Hale, Henry E. (2018): How Crimea pays. Media, rallying 'round the flag, and authoritarian support, in: *Comparative politics* 50, S. 369–380.
- Hausmann, Guido/Martyniuk, Olha (2020): Geschichtspolitik unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj, in: *Ukraine-Analysen* 234, 15.05.2020, S. 7–10, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/234/UkraineAnalysen234.pdf>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Kappeler, Andreas (2019): Die Kiewer Rus. Geteilte Erinnerung in der Ukraine und Russland, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 09.09.2019, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Kappeler, Andreas (2021): Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern, in: *Osteuropa* 71, S. 67–76.
- Kolesnikov, Andrej V. (2020): Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes, in: *Osteuropa* 70, S. 3–38.
- Kreml (2013): Zasedanie międzynarodowego dyskusyjnego klubu „Valdaj“, 19.09.2013, <http://www.kremlin.ru/events/president/news/19243>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Kreml (2022): Soweščanie o merach social'no-ekonomičeskoj podderžki regionov, 16.03.2022, <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/67996>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Länder-Analysen (2016): Russlandanalysen Nr. 308, 22.01.2016, hrsg. von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/308/RusslandAnalysen308.pdf>, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Laruelle, Marlène (2016): The three colors of Novorossiya or the Russian nationalist myth-making of the Ukrainian crisis, in: *Post-Soviet Affairs* 32, S. 55–74.
- Levada-Center (2020): Russia-Ukraine Relations, 02.11.2020, <https://www.levada.ru/en/2020/11/02/russia-ukraine-relations-7/>, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Levada-Center (2022): Ukraine and Donbass, 04.03.2022, <https://www.levada.ru/en/2022/03/04/ukraine-and-donbass/>, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Martin, Terry (2001): *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union*, Cornell University Press: Ithaca, NY.
- Offizielles Internetportal für Rechtsinformationen (2020): Konstitucija Rossijskoj Federacii, Prinjata vsenarodnym golosovaniem 12 dekabrja 1993, 04.07.2020, <http://publication.pravo.gov.ru/document/view/0001202007040001?index=0&pagesize=1>, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Offizielles Internetportal für Rechtsinformationen (2021): Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii o strategii nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii, 02.07.2021, <http://publication.pravo.gov.ru/document/view/0001202107030001>, zuletzt

- aufgerufen am 05.05.2022.
- Pavlenko, Olesja (2022): Kak važno byt' istorikom, in: Novaja Gazeta vom 17.02.2022, <https://novayagazeta.ru/articles/2022/02/17/kak-vazhno-byt-istorikom>, zuletzt aufgerufen am 05.05.2022.
- Pivovarov, Jurij (2022): Russkoje pole specoperacij. Kak ljubiteli geopolityki i istoriosofii privalia strany k katastrofe [Das russische Feld der Spezialoperationen. Wie die Liebhaber der Geopolitik und der Historiosophie das Land in die Katastrophe geführt haben], in: Novaja Gazeta vom 21.03.2022, <https://novayagazeta.ru/articles/2022/03/21/russkoe-pole-spetsoperatsii>, zuletzt aufgerufen am 28.04.2022.
- Putin, Vladimir V. (2014): Obrašćenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, in: Kreml vom 18.03.2014, <http://kremlin.ru/events/president/news/20603>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Putin, Vladimir V. (2021a): Stat'ja Vladimira Putina „ob istoričeskom edinstve russkich i ukraincev“, in: Kreml vom 12.07.2021, <http://kremlin.ru/events/president/news/6618>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Putin, Vladimir V. (2021b): Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in: Osteuropa 71, S. 51–66.
- Putin, Vladimir V. (2022a): Obrašćenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, in: Kreml vom 21.02.2022, <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/67828>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Putin, Vladimir V. (2022b): Obrašćenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, 24.02.2022, in: Kreml vom 24.02.2022, <http://www.kremlin.ru/events/president/news/67843>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Schenk, Fritjof B. (2021): Das Denkmal für Fürst Wladimir. Ein Heiliger des Mittelalters als Rechtfertigung der Krim-Angliederung. Wie Moskau die Zusammengehörigkeit von Russen, Ukrainern und Belarussen konstruiert, in: dekodeur vom 29. Juni 2021, <https://kremlin.dekodeur.org/fuerst-wladimir-denkmal>, zuletzt aufgerufen am 29.04.2022.
- Schpilkin, Sergej (2020): Wahlfälschung auf Rekordniveau, gekürzte deutsche Übersetzung des Originalartikels vom 03.07.2020, in: dekodeur vom 06.07.2020, <https://www.dekodeur.org/de/article/schpilkin-verfassungsänderung-abstimmung-anomalien>, zuletzt aufgerufen am 03.05.2022.
- Simon, Gerhard (1986): Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Nomos: Baden-Baden.
- Smith, Anthony (2010): Nationalism. Theory, ideology, history (2. Aufl.), Polity Press: Cambridge [u.a.].
- Stewart, Susan (2020): Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands. Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst (SWP-Studie 22. November 2020), Berlin, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/1010S22_geschichtspolitik_russland.pdf, zuletzt aufgerufen am 03.05.2022.
- Weiss-Wendt, Anton (2021): Putin's Russia and the Falsification of History. Reasserting Control over the Past, Bloomsbury Academic: London [u.a.].
- Yost, David S. (2015): The Budapest Memorandum and Russia's intervention in Ukraine, in: International Affairs 91, S. 505–538.